

Antrag an den 7. Stadtparteitag
DIE LINKE.Magdeburg
Arbeitsgemeinschaft „Demokratische Linke“
Sprecher*innen
Dagmar Brüning, Gerald Grünert

Magdeburg, 10.09.2020

Antrag

Die bisher zu Stadtparteitagen geübte Praxis der Vorlage, Diskussionen an Hand von Änderungsanträgen und folgenden Beschlüssen von Leitanträgen lehnen wir für diesen Stadtparteitag ab.

Begründung

Auch der erneut vorliegende und verschickte Leitantragsentwurf des Stadtvorstandes stellt eine Mischung von politischen Allgemeinplätzen und Benennungen von sicherlich wichtigen Aufgaben dar, welche im laufenden Arbeitsprogramm des Stadtvorstandes besser aufgehoben sind. Darüber hinaus unternimmt er den Versuch von ansatzweiser Berichterstattung sowie einer mehr oder minder oberflächlicher Analyse der politischen Situationen auf den verschiedenen Ebenen. Die benannten Fragestellungen/Zukunftsvisionen -haben trotz ihrer Minimalität durchaus eine Berechtigung, wesentlicher jedoch sind Antworten. Dazu haben wir auf der Grundlage des Parteiprogramms beschlossene Wahlprogramme auf kommunaler, landes- und europäischer Ebene, die die Schwerpunkte für die politische Arbeit in den bestehenden Wahlperioden setzen.

Somit besteht seitens der AG „Demokratische LINKE“ kein Bedarf an einer weiteren programmatischen Orientierung mittels eines Leitantrages, der weder inhaltlich, noch grundsätzlich über die bestehenden Beschlüsse hinaus notwendig ist. Die Erfahrungen aus der bisherigen Arbeit des Stadtvorstandes besagen, dass die jahrelange Praxis des Umgangs mit beschlossenen Leitanträgen, keinerlei grundsätzliche politische Aktivitäten ausgelöst haben.

Vorschlag

Sollte der vorliegende Leitantrag die Zustimmung des Parteitages finden, so gelten die von uns eingereichten Anträge als Zusatzanträge.

Wir schlagen der 2. Tagung des 7. Stadtparteitages daher vor, zu folgenden Schwerpunkten in der politischen Arbeit nachfolgende Anträge zu beraten und beantragen über diese **einzel** abzustimmen:

1.

Die Auswirkungen der Politik des neoliberalen Kaputtsparens sind auch im Bildungsbereich immer mehr spürbar. Einstellung von Kapazitäten in der Ausbildung von Lehrkräften, Mangel an Lehrkräften infolge Überalterung und gesundheitlicher Belastung, Ausfall ganzer Fächer in der Unterrichtsversorgung über mehrere Monate, fehlende Schulsozialarbeiter in den sog. Brennpunktschulen, der Mangel im Bildungsbereich zu Lasten unserer nachwachsenden Generation ließe sich fortsetzen. Die dafür politisch Verantwortlichen reagieren mit hilflosem Lavieren und gegenseitigen Schuldzuweisungen. So kann und darf es nicht weitergehen.

Antrag:

1. Der 7. Stadtparteitag der LINKE Magdeburg unterstützt daher alle Bemühungen, den bestehenden Lehrermangel zu überwinden, um den das Volksbegehren des Bildungsbündnisses in Sachsen-Anhalt „Den Mangel beenden! Unseren Kindern unsere Landes eine gesicherte bildungspolitische Zukunft zu geben.
2. Auch wenn das Ziel 170.000 Unterschriften für ein erfolgreiches diese Volksbegehren zu sammeln nicht erreicht wurde, sind kein Selbstläufer. Wir fordern wir alle Genossinnen und Genossen auf, aktiv dazu beizutragen, dass die derzeit wichtigste Aktivität Zielstellung des Volksbegehrens für eine gute Bildung weiterhin energisch verfolgt und mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten flankiert wird. erfolgreich abgeschlossen wird.
 - Der Stadtvorstand ruft alle Genossinnen und Genossen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf, die Kampagne zur Unterschriftensammlung für das Volksbegehren aktiv zu unterstützen. Solche vielfältigen Aktivitäten können u.a. sein:
 - Info-Stände an den Brennpunkten des zivilgesellschaftlichen Lebens in der Stadt.
 - Haustürgespräche im unmittelbaren Wohnumfeld
 - Weitergabe der Listen für die Unterschriftensammlung im Bekannten- und Verwandtenkreis, in sozialen Netzwerken u.a.
3. sich besonders für eine wohnortnahe Schulstruktur einzusetzen. Dabei sind die langfristigen Entwicklungen der Bedarfe, die sich vollziehenden Siedlungsstrukturen und geeigneten Standorte durch einen engen Dialog mit den Eltern- und Schulkuratorien zu erörtern.

2.

Unsere Welt ist in den vergangenen Jahren nicht friedlicher geworden. Im Gegenteil, auch Deutschland hat nicht im Geringsten dazu beigetragen das Zusammenleben der Völker auf unserem Planeten friedlicher zu gestalten. Die Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegen in der Welt wird schon wieder zur Normalität in der Gesellschaft, nur nennt man das heute „Verantwortung übernehmen“. Aktuell findet das bislang Das in diesem Jahr geplante, bisher größte NATO-Manöver „Defender 2020“ soll mit rd. 40.000 deutsche Soldaten in Europa statt wieder an die „Ostfront“ bis 100 km vor Sankt Petersburg (Leningrad) führen. Da waren deutsche Soldaten schon einmal. Über deutsche Straßen und Schienenwege sollen wieder Panzer und anderes Kriegsgerät gen Ost rollen. Auch in unserer unmittelbaren Nähe ist die Bundeswehr-Kaserne in Burg in unserer unmittelbaren Nähe, ist als logistische Drehscheibe wichtiger Teil dieser Drohkulisse gegenüber Russland.

Antrag:

1. Als Mitglieder der Partei DIE LINKE, der einzigen Partei im Bundestag, die konsequent und geschlossen gegen Kriege und Androhung von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung auftritt, verurteilen wir Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen, wie in Syrien sowie Waffenexporte in Krisengebiete.
2. Der friedenspolitische Grundkonsens entsprechend dem Erfurter Programm ist für uns nicht verhandelbar. Das ist für uns eine Frage der Glaubwürdigkeit unserer Partei DIE LINKE und daher auch der Auftrag an unsere Delegierten zum Bundesparteitag im Oktober.
3. Wir befördern und unterstützen aktiv ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis für ein dringend notwendiges Erstarken der Friedensbewegung. Das betrifft die Bürgerinitiative „Offene Heide“ genauso, wie kirchliche Kreise und andere Vereinigungen. Durch unsere Teilnahme an friedenspolitischen Aktivitäten, wie u.a. dem Weltfriedenstag am 1. September und den jährlichen Ostermärschen, senden wir ein möglichst starkes friedenspolitisches Signal in die Zivilgesellschaft.
4. In der Unterstützung und Solidarität mit „Fridays for Future“ sind für uns Kriege das größte Umweltverbrechen.

Formatiert: Listenabsatz, Einzug: Links: 0 cm, Hängend: 1 cm, Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: 1, 2, 3, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0,63 cm + Einzug bei: 1,27 cm

Der diesjährige Ostermarsch nach Gardelegen muss ein eindeutiges Signal der Zivilgesellschaft für Frieden und Abrüstung in der Welt werden. Wir rufen alle Genossinnen und Genossen auf, durch ihre Teilnahme die Friedensbewegung zu stärken.

6.5. Die LINKE unterstützt daher jede Initiative:

- die darauf abzielt die US- amerikanischen Atomwaffen und ihre Trägersysteme aus Deutschland abzuziehen, besser noch diese gänzlich außer Betrieb zu nehmen.
- welche sich gegen die Beschaffung von Trägerflugzeugen zur Sicherstellung der „atomaren Teilhabe der Bundeswehr“ richtet, da diese nur der Rüstungslobby in den USA und keineswegs dem vermeintlichen Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland dient.
- die eine Erhöhung der Rüstungsausgaben im Rahmen der NATO, wie der derzeitige US-Präsident ultimativ fordert, kompromisslos ablehnt.
- zur schrittweisen deutlichen Senkung und letztendlich gänzlich Einstellung von Rüstungsexporten der Bundesrepublik dienen. Dazu sind langfristige Konzepte zur Umstellung auf eine zivile Produktion zu entwickeln, um dem immer wieder bemühtem Argument der Arbeitsplatzsicherung zu begegnen.
- die jede Bestrebung, die NATO als ein Instrument der zivilen europäischen Sicherheitspolitik, insbesondere unter Einbeziehung von Russland, zu ersetzen.

6. Wir fordern die Stadtratsfraktion unserer Partei im Stadtrat auf, einen Antrag einzubringen, der darauf abzielt, den 75. Jahrestag der Befreiung des Deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus in einer angemessenen Form im Stadtrat zu würdigen. Im Gedenken an diesen Tag rufen wir alle Genossinnen und Genossen dazu auf, sich an den Gedenkveranstaltungen rund um den 8. Mai zu beteiligen und jedweder Form von Geschichtsumwidmung durch eigenes Erleben entgegenzutreten.

3.

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss ein Kernstück der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben.

Durch eine konsequente Erhöhung des unbefristeten Anteils des sozialen Wohnungsbaues, dies verbunden mit einem hohen Standard an Wohnungsgröße und Lebensqualität in jedem Stadtteil, muss ein gewichtiges Gegenstück zum privaten Wohnungsmarkt geschaffen werden. ~~Bereits jetzt schon sind~~ ~~Noch sind~~ in einzelnen Stadtteilen der Landeshauptstadt Magdeburg ~~noch keine derartig massiven Probleme-soziale Verwerfungen~~ auf dem Wohnungsmarkt, wie in den Kernmetropolen wie Berlin, München, Hamburg oder auch Leipzig, zu verzeichnen. Dennoch fällt es jungen Familien mit geringerem Einkommen und mehr als zwei Kindern schwer eine der Größe nach, angemessene und bezahlbare Wohnung in den einzelnen Stadtteilen zu finden. Zudem zeichnet sich in den letzten Jahren eine Tendenz ab, teure abgeschlossene Wohnquartiere in bester Lage, zu planen und zu errichten. Nicht umsonst engagieren sich die Profiteure des ausschließlich profitorientierten Wohnungsmarktes unter Ausnutzung einer „Partnerschaft“ mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, besonders im Stadtzentrum, in Elbnähe und an anderen erholungswirksamen Gegenden, um ihre Marktanteile des gehobenen Wohnungssegmentes sowie für die Errichtung so genannter Stadtvillen zu sichern. Derzeit werden diesem Treiben durch den neuen Stadtrat Tor und Tür, aber auch die vom Stadtrat Ende der 90'er Jahre bewusst getroffenen Einschränkungen des Flächennutzungsplanes zu Gunsten von Erholung, Kultur und Kunst geöffnet, um diesem Ansinnen Geltung zu verschaffen. Das Argument, es war schon einmal alles bebaut, greift in keiner Weise, denn dann müsste auch das Gegenargument, es war noch nie alles bebaut ebenfalls Beachtung geschenkt werden.

Diese Politik führt zu einer zunehmenden sozialen Entmischung. „Man ist wieder unter sich“. Dies kann und wird nicht die Zustimmung der LINKEN finden.

Daher ergeht folgende Forderung der LINKEN.

1. Der Stadtverband der LINKEN fordert die Sicherung der allgemeinen Zugänglichkeit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Stadtteilen, unabhängig vom sozialen Besitzstand.
2. Die Stadtratsfraktion wird beauftragt sich im Rat für eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaues in jedem Stadtteil der Landeshauptstadt Magdeburg, als ein Kernpunkt einer sozialen öffentlichen Daseinsvorsorge einzusetzen und gemeinsame Vorhaben der WoBau Magdeburg mit den ortsansässigen Genossenschaften, die sich diesem Ziel widmen, zu unterstützen. Eine Befristung des Status von Sozialwohnungen lehnt die LINKE ab.-
3. Wir fordern ~~daher~~ von der Stadtverwaltung perspektivische und verbindliche Vorgaben für den sozialen Wohnungsbau im Rahmen der städtebaulichen Stadtentwicklung, als Grundlage für den kommunalen und privaten Wohnungs- und Eigentumsbau ein.
4. Um Mietwucher Einhalt zu gebieten, ist das wirksame Instrument eines empirischen Mietenspiegels einzufordern, der alle Wohnungen der Landeshauptstadt Magdeburg, egal in welcher Eigentumsform sie sich befinden, umfasst.
5. Tendenzen zu einer weitergehenden sozialen Entmischung sind auf der Grundlage einer für jeden Stadtteil zu erarbeitenden verbindlichen Sozialraumplanung entgegenzuwirken und bestehende Unwuchten kritisch zu hinterfragen.
- 5-6. Es ist das Gebot der Umweltverträglichkeit und des Klimaschutzes beabsichtigte Lückenbebauungen und Verdichtungen in der Innenstadt hinsichtlich ihrer Wirkungen auf das Stadtklima zu überprüfen. Nicht jede freie Fläche ist dem Bebauungswahn unterzuordnen. Im Rahmen von Bauungen ist verstärkt die Verbindung zwischen bestehenden Naturflächen und angepasste Bebauung als Auftragspflicht festzusetzen, an denen die Architekten gebunden sind.

4. Im Wahlprogramm beschloss die Linke, Magdeburg – als Stadt der kurzen Wege und nachhaltigen, umweltfreundlichen Verkehrsangebote - zu entwickeln, denn Mobilität ist eine Grundvoraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.
Mobilität ist eine Grundvoraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Dem Grundsatz folgend, die Interessen aller Verkehrsteilnehmer*innen zu beachten, sollten die Interessen aller Verkehrsteilnehmer*innen beachtet werden, also Menschen, die zu Fuß gehen, die Rad fahren, Bus und Straßenbahn nutzen oder mit dem Auto unterwegs sind.

Natürlich spielt dabei die Ausgestaltung, Stärkung und der Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Magdeburg und im Verkehrsverbund den Schwerpunkt, ist der fahrscheinlose ÖPNV eine Zukunftsoption der Landeshauptstadt. Jedoch ist das noch kein zukunftsfähiger Ansatz für die Mobilität innerhalb des Oberzentrums und seiner Verflechtungen mit dem ländlichen Raum.

Die Erarbeitung eines umwelt- und verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes, was den zukünftigen Anforderungen an die Mobilität der Bürger*innen und ihrer eigenen entspricht, muss daher grundsätzlicher Natur jenseits von Trendoptionen (E-Mobilität) sein.

Daher fordert die LINKE neben den bereits im Kommunalwahlprogramm festgeschriebenen Zielstellungen:

1. Jegliche Investitionsmaßnahmen innerhalb und außerhalb der Landeshauptstadt Magdeburg sind neben der Umweltverträglichkeit auch auf ihre Wirkungen zur Sicherung der Mobilität sowie Barrierefreiheit zu überprüfen. Im Rahmen der Regionalversammlung setzen sich die Vertreter der LINKEN für die entsprechenden Schwerpunktsetzungen der Mobilitätsplanungen und der Entwicklung des SPNV/ÖPNV ein. Ein wichtiges Ziel muss es sein, den Verkehrsraum weg vom Auto zugunsten des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs umzuverteilen.

~~Jegliche Investitionsmaßnahmen innerhalb und außerhalb der Landeshauptstadt Magdeburg sind neben der Umweltverträglichkeit auch auf ihre Wirkungen zur Sicherung der Mobilität sowie Barrierefreiheit zu überprüfen. Im Rahmen der Regionalversammlung setzen sich die Vertreter der LINKEN für die entsprechenden Schwerpunktsetzungen der Mobilitätsplanungen und der Entwicklung des SPNV ein.~~

2. Das bestehende bzw. in Bau befindliche Straßenbahnnetz ist auf die Verteilung von Waren des täglichen Gebrauchs in den Nachtstunden zu überprüfen, einschl. der Nutzung von Verteilzentren.

3. Einen weiteren Ausbau von Logistikunternehmen auf bestem Bördeboden, wie Amazon, sehen wir als LINKE kritisch, da der Online-Handel neue Verkehrsströme erzeugt und zur weiteren Verödung der Innenstadt führt.

4. Die LINKE setzt sich dafür ein, nach der Einführung des kostenlosen Schülertickets, die generelle fahrscheinlose Nutzung des ÖPNV einzufordern. Voraussetzung ist jedoch, zunächst die Attraktivität von Bus und Bahn vor allem durch Zuverlässigkeit und eine kürzere Taktung in den Stoßzeiten deutlich zu erhöhen.

5. Die LINKE fordert die DB AG auf, die Landeshauptstadt Magdeburg an die zentralen und europäischen Hauptverkehrsstrassen anzuschließen.

5.

Das Geziehe und Gezerre um die europäische Flüchtlingspolitik werden immer unerträglicher. Die sogenannten „Europäischen Werte“ mutieren zunehmend zur Chimäre. Europa wird zur Festung ausgebaut, das europäische Asylrecht an der türkisch-griechischen Grenze einfach ausgesetzt – ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht und Humanität mit Flüchtlingen, Ahndungen, Fehlanzeige. Den Vorschlag zur Aufnahme von besonders Schutzbedürftigen, wie Kinder und Frauen bezeichnete der Innenminister der CDU in Sachsen-Anhalt als „aberwitzig“. Wofür steht eigentlich das „C“ im Namen seiner Partei? Wir als Linke in Magdeburg treten ein für Solidarität und Humanität im Umgang mit den Flüchtlingen an Europas Außengrenzen.

Antrag:

1. Wir befördern und unterstützen durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt Magdeburg eine gesellschaftliche Debatte für ein Klima der Humanität und Menschenrechte im Umgang mit den Flüchtlingen. Wir beteiligen uns aktiv am gesellschaftlichen Engagement von Bürgerinitiativen und NGO's, wie u.a. „Seebrücke“.
2. Wir verurteilen die inhumane und völkerrechtswidrige Abschottungspolitik gegenüber den Flüchtlingen von CDU bis AfD.
3. Die Stadtratsfraktion der LINKEN wird beauftragt, sich im Stadtrat dafür einzusetzen, dass unsere Stadt ihre Aufnahmemöglichkeiten im Rahmen der Aktion „Sichere Häfen“ voll ausschöpft. Dabei geht es nicht um Symbolpolitik und Bürokratie, sondern um dringende humanitäre Hilfe.
4. Das zögerliche Agieren des Oberbürgermeisters lehnen wir ab. Wir fordern den Oberbürgermeister unserer Stadt auf, den Oberbürgermeister der Stadt Potsdam in seinem Engagement und klarem Bekenntnis für Humanität und Völkerrecht aktiv zu unterstützen.
5. Wir beauftragen die Fraktion unserer Partei sich im Landtag durch entsprechende Anträge den Bundesländern Brandenburg und Thüringen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus den Lagern in Griechenland anzuschließen.

